

## Deutschösterreichische Währungspolitik.

Vom Universitätsprofessor Dr. Alfred Amann.

Unser Kronenkurs im neutralen Ausland ist auf einen Stand gesunken, der sich von dem Nullpunkt praktisch nur noch sehr wenig unterscheidet. Der Markkurs, der im neutralen Ausland selbst einen Tiefstand erreicht hat, den man früher nicht für möglich gehalten hätte, hat bei uns zweihundert Kronen (für hundert Mark) bereits überschritten. Kronen- und Markkurs im neutralen Ausland zeigen die Abwärtsbewegung, der Markkurs bei uns die Aufwärtsbewegung fast täglich fort. Das heißt, daß die Krone fortwährend relativ mehr und rascher entwertet wird als die Mark. Nimmt man noch hinzu, daß die tschechische Krone seit der Trennung der Währungsgemeinschaft, das ist seit ungefähr vierzehn Tagen, gegenüber der unseren ein Agio von zwanzig Prozent erreicht hat, so haben wir die Tatsachen beisammen, die unsere währungspolitische Lage kennzeichnen.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche währungspolitische Lage nicht hätte entstehen können, wenn man von Anfang an, das heißt gleich von der Gründung der deutschösterreichischen Republik an, eine zielbewusste Währungspolitik begonnen und getrieben hätte. Aber die Stellung unserer maßgebenden Faktoren zur Währung war eine rein verneinende. Ein reines Geben- und Geschehenlassen. Es sei dahingestellt, ob hier Mangel an Verantwortungsgesühl gegenüber einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen der Verkehrswirtschaft, oder nur wirtschaftspolitische Unfähigkeit, oder beides zugleich schuld ist. Sicher ist, daß der Währung, in wirtschaftspolitischer Hinsicht im neuen Staate, neben der Lebensmittelversorgung die erste Aufmerksamkeit hätte zugewendet werden müssen. Denn eine stabilisierte Währung ist in der Verkehrswirtschaft die erste Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung, eine zerüttete Währung ein unübersteigliches Hindernis des Beginnes einer geordneten wirtschaftlichen Tätigkeit und eines wirtschaftlichen Aufschwungs.

Was man bei uns veräumt hat, ist in den beiden wichtigsten der neugegründeten Nationalstaaten unterdessen geschehen. Man hat sich von der alten Krone emanzipiert, sich seine eigene Währung geschaffen, um selbständig auf die Entwicklung des Geldwertes Einfluß nehmen zu können. Beschämender beinahe als die Hilflosigkeit unserer Regierung gegenüber dem Währungsproblem ist die Kritik, die die Maßnahmen jener Nationalstaaten in dem größten Teil unserer Presse erfahren haben. Man hat sich gegenüber den ersten Gerüchten von eigenen währungspolitischen Maßnahmen jener Nationalstaaten zunächst absichtlich skeptisch geäußert — man könne nicht glauben, daß so etwas geplant sei —, dann als sich die Gerüchte verdichteten und offizielle Vorbereitungen sichtbar wurden, die Regierungen jener Staaten wie ein Lehrer seine Schüler oder ein Vormund seine Mündel ermahnt, ja nicht an eine Sache zu rühren, von der man nicht wissen könne, wie sie sich gestalten werde: sie würden sich nur selbst schaden, nur ins eigene Fleisch schneiden. Allein als sich jene Regierungen dadurch nicht abhalten ließen, den einmal fest ins Auge gefaßten Weg zu beschreiten, versuchte man sie noch bittweise zu beschwären und zur Umkehr zu bewegen, und als auch das nichts fruchtete, hieß es nun in schulmeisterlicher Art mit erhobenem

Finger: „Wartet, ihr werdet es schon noch bereuen und die Folgen zu spüren bekommen!“

In Wirklichkeit war nichts selbstverständlicher und mit größerer Bestimmtheit zu erwarten, als daß die staatliche Trennung automatisch auch die Trennung der Währung nach sich ziehen werde. Denn was sollte die wirtschaftlich besser gestellten Staaten veranlassen, eine Währungsgemeinschaft aufrecht zu erhalten, in der der Geldwert entweder andauernd weiter sinken mußte oder in der Hauptsache nur auf ihre Kosten — mit ihrem Kredit und ihren Ausfuhrsgütern — stabilisiert werden konnte? Was sollte sie hindern, eine Trennung zu vollziehen, die ihnen die Sicherheit gab, daß die ihnen zur Verfügung stehenden währungspolitischen Mittel auch in ihrem Erfolg ihnen selbst zugute kommen. Die Errichtung einer eigenen Währung gab das Schicksal über den Geldwert in ihre eigene Hand und stellte ihnen in Aussicht, in kurzer Zeit nicht nur seine Stabilität herbeiführen, sondern unter Umständen ihn sogar über den bisherigen Stand hinaus emporheben zu können. Es war insbesondere das Interesse des wirtschaftlich am höchsten entwickelten und fortgeschrittensten dieser Nationalstaaten, des tschecho-slovakischen Staates, die Herrschaft über das Geldwesen in die eigene Hand zu bekommen, und nur naivster, theoretisch wie praktisch gleich ungeschulter wirtschaftspolitischer Dilettantismus konnte glauben, daß sich die führenden Männer dieses Staates die wirtschaftlich relativ günstige Lage, in der er sich befindet, nicht in währungspolitischer Hinsicht bei der ersten Gelegenheit zunutze machen würden und daß fromme Ermahnungen „zur Vorsicht“ von unserer Seite irgend eine Wirkung haben könnten. So kam es, daß, während dort energisches Handeln der Gesundung der Währungsverhältnisse freie Bahn schuf, man sich bei uns in der Versicherung erschöpfen konnte, daß man schon alles Nötige „vorbereitet“ habe, um im geeigneten Zeitpunkt handeln zu können, und erst sehr spät zu der Einsicht kam, daß schließlich auch bei uns etwas Tatsächlich geschehen müsse. Welchen Weg haben wir nun zu gehen?

Es ist zunächst einmal selbstverständlich, daß nun auch wir uns so rasch als möglich und so energisch als möglich von der alten, von der österreichisch-ungarischen Krone trennen müssen. Das findet nunmehr auch nirgends Widerspruch. Aber leider ist bisher weder das „rasch“ noch das „energisch“ in entsprechender Weise geschehen. Diese Lässigkeit und Lauheit der Regierung kann uns aber nicht nur Millionen, sondern sogar Milliarden kosten. Einmal durch das Rückströmen von Noten aus dem alten Holland und zweitens durch einen direkten oder indirekten Abschub der Noten, die von der tschecho-slovakischen Regierung bei der Abstempelung zurückgehalten werden, ins deutschösterreichische Staatsgebiet. Die tschecho-slovakische Regierung hat die Möglichkeit, mit den zurückgehaltenen Noten bei uns, wie es schon seinerzeit mit den aus dem Erlös der abgeschobenen Kriegsanleihe stammenden Noten geschehen ist, Vermögenswerte jeder Art aufzulaufen. Jedenfalls hat derjenige, der einen so großen Teil der Kronennoten in seiner Hand hat, das Schicksal der Kronenwährung überhaupt in der Hand.

Des weiteren wird unsere Währungspolitik wie die Wirtschaftspolitik überhaupt bis zu einem gewissen Maße durch die allgemeine Politik mitbestimmt. Der politische Anschluß an Deutschland bedingt natürlich den währungspolitischen Anschluß an die deutsche Markwährung. Die Frage ist dann nur, auf welcher Basis? Die Annahme des gegenwärtigen Markkurses als Umrechnungskurs würde natürlich in weiten Kreisen als sehr ungünstig empfunden werden, obwohl an sich eine materielle Benachteiligung hierin nicht liegt. Wenn wir heute für eine Krone 50 Pfennig bekommen, so ist das zwar absolut und relativ genommen sehr wenig, aber wir sind für die Zukunft wenigstens der Gefahr entzogen, daß die Entwertung unseres Geldes in demselben Maße noch weiter fortschreitet wie bisher. Wir haben dann zwar noch immer kein wertbeständiges Geld, aber doch ein relativ wertbeständigeres, als wir es bisher hatten, und darin liegt gewiß schon ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Wenn wir dagegen aus Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Kursstand noch weiter warten wollen, so laufen wir Gefahr, daß wir in drei Monaten vielleicht nur noch vierzig oder weniger Pfennig für die Krone bekommen. Geradeso, wie wenn wir im Falle, als wir den Anschluß an die Markwährung schon vor drei Monaten vollzogen oder wenigstens vorbereitet hätten, noch sechzig Pfennige für die Krone erhalten würden.

Es ist aber auch möglich, den Anschluß an die Markwährung zu einem günstigen Kurs zu vollziehen. Ein „Milliardengeschenk“, wie es die Esch-Lothringer anläßlich des währungspolitischen Anschlusses an Frankreich von dort bekommen haben, können wir vom verarmten Deutschland allerdings nicht verlangen. Aber wir können selbst einiges tun, um unser Kursverhältnis zu bessern und dadurch den Anschluß auf einer höheren Basis vollziehen zu können. Der Weg hierzu ist allerdings einer, den uns unsere tschechischen „Feinde“ vorgemacht haben und bei dem Abscheu, der bei unseren leitenden Persönlichkeiten noch immer wie zur Zeit Stürggys vor dem „Kopieren“ besteht — die Phrase in der amtlichen Verlautbarung

„die deutschösterreichische Regierung hat keineswegs die Absicht, die Maßregeln der tschecho-slovakischen Regierung slavisch nachzuahmen“, ist ja nur eine Verdeutschung der bekannten Stürggyschen Phrase — wird man wenig Geneigtheit haben, ihn zu gehen.

Man behalte wie die tschecho-slovakische Regierung die Hälfte der zur Abstempelung eingereichten Noten zurück. Theoretisch müßte sich bei einer Verringerung des Geldumlaufes auf die Hälfte, der Geldwert auf das Doppelte heben; das heißt also in unserem Falle, die Krone in kurzer Zeit gleichwertig einer Mark werden. Praktisch wird, da es sich bei einem Teil der zur Abstempelung kommenden Noten nicht um umlaufende, sondern um aufgehäuften Noten handelt, und aus anderen Gründen eine Erhöhung des Geldwertes in diesem Ausmaß nicht eintreten. Jedoch, daß eine Wertsteigerung in bedeutendem Maße stattfinden wird, kann als sicher angenommen werden. Wenn die tschechische Krone bereits heute ein Agio von zwanzig Prozent aufweist, so wird sie nach der Ausschaltung der Hälfte des Notenbestandes vielleicht ein Agio von fünfzig Prozent haben. Wenn wir für unsere Krone die gleiche Wertsteigerung erzielen, so haben wir sie bereits auf 75 Pfennig gebracht und könnten die Umrechnung in Mark im Verhältnis von drei zu zwei vollziehen. Es wäre aber auch nicht ausgeschlossen, daß wir unsere Krone auf die Höhe der alten Parität, das sind 85 Pfennig, bringen könnten.

Die Einwendungen, die gegen eine derartige Maßregel gemacht werden, sind nicht stichhaltig. Es ist natürlich eine einseitige Maßregel, die die zufälligen Besitzer von Bargeld trifft, die Besitzer anderer Vermögenswerte dagegen ungeschoren läßt. Aber was jene durch die Zurückhaltung von fünfzig Prozent ihres Bargeldbesitzes zu einem niedrigeren Zinssatz (von einem Prozent zum Beispiel) verlieren, das gewinnen sie durch die Erhöhung des Wertes der anderen fünfzig Prozent, in deren Besitz sie bleiben. Die ganze Maßregel läuft so letzten Endes eher auf eine Begünstigung der Bargeldbesitzer hinaus. Die zurückgehaltenen fünfzig Prozent ihres Bargeldes gehen ihnen ja auch nicht verloren, sondern werden nur später in einem entsprechenden Verhältnis, wie auch die anderen Vermögenswerte, zur Vermögensabgabe herangezogen werden. Natürlich muß deshalb jene Maßregel schon jetzt eine Ergänzung durch eine Konfiskation dieser anderen Vermögenswerte erfahren.

Im übrigen ist der Kurs, zu dem die Umrechnung der Krone in die Mark stattfindet, nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist die Herbeiführung desselben Preisstandes für Lebensmittel und andere notwendige Bedarfsartikel, wie er in Deutschland derzeit besteht. Deshalb müssen mit dem Währungsanschluß zugleich Vereinbarungen getroffen werden, die die Lebensmittelversorgung in Deutschösterreich zu denselben Bedingungen sichern, zu denen die Belieferung der Städte in Deutschland selbst stattfindet. Das ist wichtiger als irgend ein Geschenk in der Form der Zubilligung eines höheren Umrechnungskurses, als er dem objektiven Wertverhältnis für die Krone und Mark entspricht. Gerade die Zubilligung eines solchen Umrechnungskurses würde nur ein Geschenk für die zufälligen Besitzer von Bargeld und Gläubiger bedeuten; und nur jene Maßnahme würde aber von dauerndem und allgemeinem Werte sein. Außerdem würde die Zubilligung eines solchen Kursverhältnisses für ganz Deutschland eine übermäßige Vermehrung des Markumlaufes bedeuten, dies den Markkurs im Ausland noch weiter heruntersinken und dies ein Nachteil sein, den wir mit Deutschland zusammen gemeinsam tragen müßten.

Dagegen ist die Hebung des objektiven Wertes unseres Geldes durch eigene währungspolitische Maßnahmen natürlich von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung. Und dafür ist jetzt der einzige geeignete Zeitpunkt, der, wenn er veräumt würde, nicht mehr wiederkehren wird. Eine künstliche Steigerung des Geldwertes ist für die gesamte Volkswirtschaft im allgemeinen von außerordentlich nachteiligen Folgen begleitet. Sie ist ein Hindernis jeder Entwicklung der Produktion und des Verkehrs, weil alle Unternehmer mit Verlusten rechnen müßten, die ihnen durch eine Differenz zwischen den Einkaufspreisen der Produktionsmittel und den später niedrigeren Verkaufspreisen der Produkte erwachsen würden. Dieser Nachteil tritt aber jetzt, wo die Produktionstätigkeit größtenteils ruht, vollständig in den Hintergrund. Heute ist eine Erhöhung unseres Geldwertes ohne erhebliche Nachteile für die produzierende Wirtschaft durchzuführen. Nach Friedensschluß wird dies nicht mehr möglich sein. Da würde man zu Gunsten einer möglichst raschen Entwicklung der Produktion auf eine Hebung des Geldwertes verzichten und sich mit einer bloßen Stabilisierung begnügen müssen.